



Änderungsantrag

Fraktionen CDU und SPD

Gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/439**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten,

- sich durch eine Beteiligung am Regierungsdiallog Rente aktiv dafür einzusetzen, dass die Rentenwerte Ost und West in den nächsten fünf Jahren stufenweise angeglichen werden, sodass den Rentenberechnungen in Ost und West im Ergebnis künftig einheitliche Berechnungswerte zugrunde gelegt werden;
- sich dafür einzusetzen, dass Niedrigverdiener, die ihr Leben lang gearbeitet und vorgesorgt haben, im Alter besser gestellt werden als diejenigen, die wenig gearbeitet und sich nicht um ihre Alterssicherung gekümmert haben.

Begründung

Der Prozess der Angleichung der Renten stagniert aufgrund der derzeit nicht weiter fortschreitenden Angleichung der Einkommensverhältnisse in Ost und West.

Die aktive Beteiligung der Länder am Rentendialog ist erforderlich, um die besonderen Aspekte der neuen Länder zu berücksichtigen.

Langjährige Niedrigverdiener, die insbesondere in den neuen Ländern stark vertreten sind, dürfen im Alter nicht in das Sozialhilfeniveau abgleiten.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD